



**Europäische
Bewegung
Österreich**

Visionen zur Zukunft Europas





Inhaltsverzeichnis

Vorwort Dr. Christoph Leitl, Präsident der Europäischen Bewegung Österreich

Sprungbrett für ein starkes Europa..... 1

Vorwort Bundesministerin Mag.^a Karoline Edtstadler

Wir müssen die EU zukunftsfit machen 2

Konferenz zur Zukunft Europas: Neue Ideen sind gefragt 3

EBÖ | Nützen wir die Chance für einen echten Dialog 4

BJV | Mehr Mitspracherecht für die Jugend 6

BGFE | Die Zukunft Europas liegt in den Händen seiner Bürgerinnen und Bürger 8

EFB | Reformwerkstatt statt Pflichtübung 10

ELEC | Next Generation EU: Grün und digital 12

EYFON | Mehr Solidarität und engere Zusammenarbeit 14

AEDE | Europabildung ist der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg 16

GBH | Europas Wirtschafts- und Sozialpolitik hat Reformbedarf 18

GRÜNE | Europa steht in der Pflicht, sich zu reformieren 20

IV | Europa muss sein Potenzial nutzen 22

NEOS | Es geht um mehr Handlungsfähigkeit der EU 24

ÖFEH | Europäische Integration und ihre Bedeutung für eine Grenzregion 26

Gemeindebund | Die EU braucht Solidarität und Subsidiarität 28

ÖGfE | Die EU stärker und demokratischer machen 30

ÖVP | Mit offenem Dialog zu klaren Antworten auf EU-Zukunftsfragen 32

SPÖ | Konkrete Zusagen bei Sozialunion und Klimaschutz 34

WHM | Die Bürgerinnen und Bürger müssen die EU verstehen 36

WKÖ | Ein starkes Europa braucht einen starken Standort 38

Impressum

Herausgeber: Europäische Bewegung Österreich | Mag.^a Sabine Radl, Generalsekretärin

1020 Wien, Lassingleithnerplatz 2/3 | office@eb-austria.eu | www.eb-austria.eu

Redaktion und Grafik: E.W.S.COM Kommunikationsagentur, Mag.^a Elisabeth Wolfbauer-Schinnerl

Fotos: Fotonachweise bei den jeweiligen Bildern

Mai 2021

Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurde an einigen Stellen auf geschlechtsbezogene Formulierungen verzichtet. Selbstverständlich sind immer Frauen und Männer gemeint, auch wenn explizit nur eines der Geschlechter angesprochen wird.

Sprungbrett für ein starkes Europa

Endlich! Mit dem Europatag am 9. Mai 2021 ist die Konferenz über die Zukunft Europas am Start. Coronabedingt mit einem Jahr Verspätung, aber immerhin. Die Erwartungen sind hoch. Seit Jahren befindet sich die Europäische Union nahezu permanent im Krisenmodus. Finanz- und Euro-Krise, Brexit, Migration, Klimawandel und Corona-Pandemie haben den europäischen Zusammenhalt hart auf die Probe gestellt. Zudem fordern steigende Ungleichheiten innerhalb der Union, der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts sowie globale Sicherheitsfragen das gemeinsame Europa.

Dass ein Rückfall in Nationalismus jederzeit wieder möglich ist, hat sich schmerzlich im Jahr 2020 gezeigt. Selbst die Grundfesten des europäischen Binnenmarkts wie grenzenloser Handel und Reisefreiheit sind längst nicht selbstverständlich und unantastbar, wenn es hart auf hart kommt.

Gemeinsame Antworten für gemeinsame Probleme – das bedeutet tägliche Knochenarbeit. Die Herausforderungen der vergangenen Jahre hat die EU oft nur mit Ach und Krach gemeistert: Seit der letzten EU-Vertragsänderung 2009 sind Reformen vielfach auf halber Strecke hängen geblieben.

Gerade noch geschafft, ist aber nicht gut genug. Europa muss seine Handlungsfähigkeit wiederherstellen, um im heranziehenden Wettstreit der Systeme bestehen zu können. Die Konferenz über die Zukunft Europas bietet jetzt die Chance, notwendige Reformen anzustoßen und die EU zukunftsfest zu gestalten – gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Kräften in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft, die sie repräsentieren.

In einem ersten Schritt geht es darum, die oft bestehende Sprachlosigkeit zwischen „der EU“ und den Bürgerinnen und Bürgern mit Ideen zu füllen, die Erwartungen und Hoffnungen zu sammeln und aus Distanz zu „Brüssel“ Nähe zu machen.

Wichtig dafür ist, dass es auch auf nationaler und regionaler Ebene eine Debatte über die Zukunftskonferenz gibt, dass die Öffentlichkeit über die

dort erörterten Themen informiert wird. Die vorliegende EU-Zukunftsbroschüre der EBÖ versteht sich hier als Beitrag. Sie zeigt das Spektrum der Erwartungen und Forderungen der unterschiedlichsten Mitgliedsorganisationen und -verbände auf – aus dem Jugend- und Bildungsbereich ebenso wie aus Wirtschaft und Arbeitnehmervertretung, Politik und organisierter Zivilgesellschaft.

Klar ist: Die Ergebnisse der Konferenz müssen ernst genommen werden. An (weiteren) Bürgerforen zur Selbstbeschäftigung besteht kein Bedarf.

Was Europa braucht, ist ein neuer Geist und eine neue Begeisterung. Dieser „Spirit of Europe“ kann nur im Dialog mit den Menschen, besonders der Jugend, erfolgen. Starten wir also den Diskurs über unsere Zukunft und nutzen wir die EU-Zukunftskonferenz als Sprungbrett für ein stärkeres Europa! ★

Dr. Christoph Leitl

Präsident der Europäischen Bewegung Österreich



© kucera.at



Wir müssen die EU zukunftsfit machen

Der Start der Konferenz über die Zukunft Europas am 9. Mai hat eine umfassende Debatte über die Weiterentwicklung der Europäischen Union eingeleitet. Unter dem Titel „Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie – Aufbau eines resilienteren Europas“ wurden Prinzipien, Inhalte und Arbeitsstrukturen festgelegt. Die Konferenz steht unter dem Vorsitz des Präsidenten des EU-Parlaments, der Präsidentin der EU-Kommission und des jeweiligen Ratsvorsitzes. Eine Beteiligung ist auf europäischer, regionaler und lokaler Ebene über Bürgerforen und thematische Veranstaltungen möglich. Die Plenarversammlung der Konferenz wird sicherstellen, dass die Empfehlungen der Bürgerforen diskutiert werden und am Ende konkrete Ergebnisse vorliegen.

Ich habe bereits 2020 einen offenen Dialog in Form von Bundesländertagen, Stakeholder-Runden und Dialogforen begonnen, der insbesondere junge Menschen mit einbeziehen soll. Die Bedeutung dieses Dialogs wird auch durch eine Eurobarometer-Umfrage untermauert: 92 Prozent der Befragten wollen, dass ihre Stimme bei Zukunfts-

entscheidungen für Europa stärker berücksichtigt wird. Mehr als die Hälfte möchte sich aktiv einbringen. Sie – und noch viele mehr – gilt es, jetzt zu erreichen.

Als zentrales Forum für Inhalte, Veranstaltungen und Ergebnisse soll die multilinguale, digitale Plattform der Europäischen Kommission genützt werden. Hier können Ideen eingebracht, Vorschläge unterstützt und Meinungen ausgetauscht werden.

Im gesamten Prozess ist es wichtig, dass wir Mittel und Wege, aber auch technisch innovative Lösungen suchen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Interessensvertretungen und zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Europäische Bewegung Österreich können hier einen wertvollen Beitrag als Multiplikatoren leisten. Daher möchte ich ihnen für ihre Initiative zu einer EU-Zukunftsbrochure herzlich danken!

Thematisch sollen jene Fragen im Fokus der Zukunftskonferenz stehen, die der Bevölkerung wichtig sind und Prioritäten der EU-Institutionen darstellen. Diese reichen von der Bewältigung der Corona-Krise über die Bekämpfung des Klimawandels bis hin zu Digitalisierung, Migration, Drittstaatsbeziehungen und den Werten der Europäischen Union.

Als Europaministerin habe ich mich stets für eine ergebnisoffene Diskussion, ganz ohne Denkverbote, eingesetzt, die auch die Möglichkeit von Vertragsänderungen nicht ausschließt. Wichtig ist, dass wir als Ergebnis der Zukunftskonferenz echte, greifbare Lösungen für die Herausforderungen, denen die EU gegenübersteht, erzielen. Für eine Europäische Union nah bei den Bürgerinnen und Bürgern. Für eine Europäische Union, auf die wir heute und in zehn Jahren stolz sein können! Danke, dass auch Sie aktiv mitgestalten! ★



© BKA Andy Wenzel

Mag.^a Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Konferenz zur Zukunft Europas: Neue Ideen sind gefragt

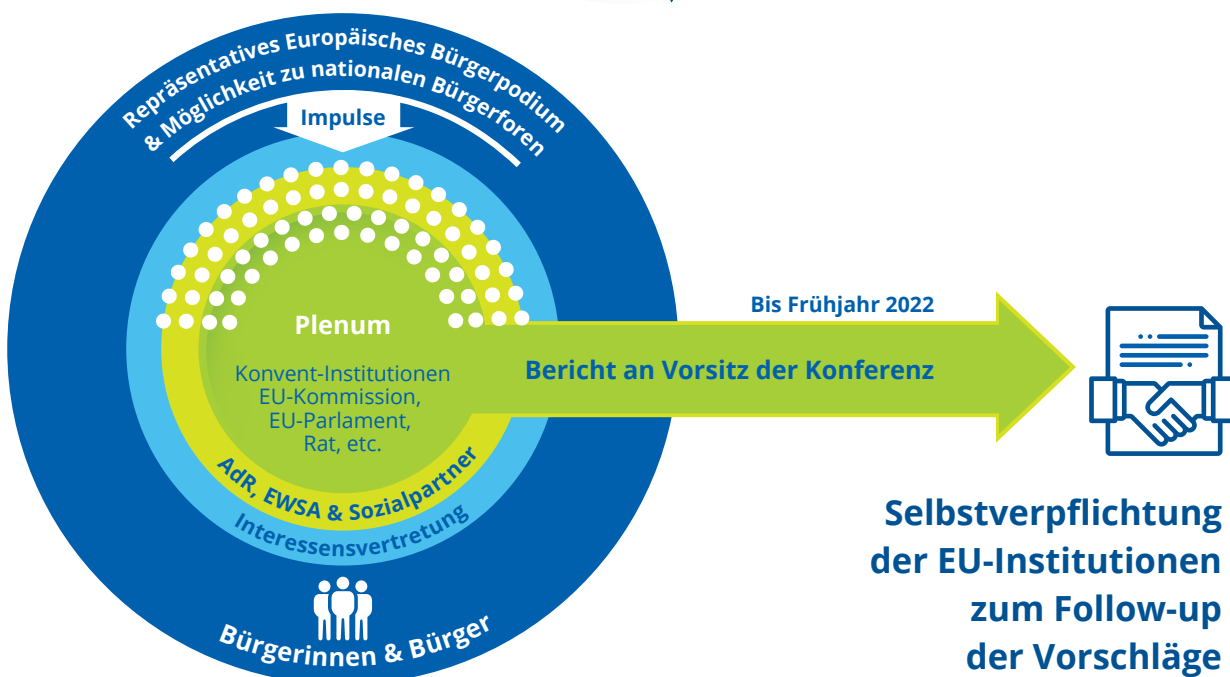
**Damit die EU-Zukunftskonferenz ein Erfolg wird,
müssen aus Sicht der EBÖ folgende Punkte erfüllt sein:**

- ✓ Qualität vor Tempo – Verlängerung bis 2023
- ✓ Ergebnis ernst nehmen und umsetzen
- ✓ Bürgerinnen und Bürger ins Boot holen
- ✓ Reformen anstoßen für wirksame europäische Antworten
- ✓ Vertragsänderung ist kein Tabu
- ✓ Transparenter Prozess – repräsentative Kräfte einbinden
- ✓ Diskussionsverstärker für Europawahl 2024

Bei der Konferenz sind Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Visionen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union einzubringen. Dazu werden EU-weit Debatten stattfinden. Die daraus entstehenden Vorschläge werden auf der Plattform <https://futureu.europa.eu/> gesammelt.



Eine Plenarversammlung, bestehend aus EU-Kommission, EU-Parlament, Rat, nationalen Parlamenten etc., diskutiert die Empfehlungen und soll bis Frühjahr 2022 einen Abschlussbericht vorlegen. Anschließend wird in einem Follow-Up die Umsetzung der Vorschläge geprüft.





Nützen wir die Chance für einen echten Dialog

Die EBÖ sieht die Konferenz zur Zukunft Europas als Riesenchance für einen echten Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Institutionen über die Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sowie weiterer gesellschaftlicher Kräfte in die EU-Zukunftsdebatte ist entscheidend, um die Legitimität der Konferenz zu erhöhen. Die Zukunft Europas geht uns alle an! Zugleich bleiben etliche Fragen offen, z.B. was den Zeitplan und die Agenda der Konferenz, den Umgang mit ihren Ergebnissen und die tatsächliche Einbindung der Bevölkerung betrifft. Für die EBÖ sind hier die folgenden Grundsätze zu beachten:

Qualität vor Tempo

Die EU-Zukunftskonferenz soll schon im Frühjahr 2022 zum Abschluss kommen. Bei diesem strengen Zeitplan besteht die Gefahr einer digitalen PR-Show. Die derzeit nur vage vorgesehene Möglichkeit einer Verlängerung bis 2023 sollte daher unbedingt genutzt werden. Dann ist auch genug Zeit, um die großen Reformbrocken anzugehen. Außerdem kann die EU-Zukunftskonferenz so zur Themengrundlage für die Europawahl 2024 werden. Dadurch können die europäischen Wählerinnen und Wähler direkt in die Richtungsentscheidung zur Zukunft Europas eingebunden werden.

Basis für rasche und wirksame europäische Antworten schaffen

Nicht zuletzt die Covid-Krise hat gezeigt, dass ein Rückfall in Nationalismus jederzeit wieder möglich ist und sogar Grundfesten des Binnenmarkts plötzlich zur Disposition stehen können. Die aktuelle Gesundheitskrise und der wirtschaftliche Wiederaufbau nach der Pandemie, zunehmende Ungleichheiten, der digitale und grüne Wandel, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandorts Europa und globale Sicherheitsfragen erfordern gemeinsames europäisches Handeln. Eine Voraussetzung dafür sind handlungsfähige EU-Institutionen, etwa durch die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Rat sowie eine verstärkte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU-Zukunftskonferenz muss die Grundlage für rasche gemeinsame Antworten schaffen, damit Europa auch in Zukunft erfolgreich ist.



© EBÖ

Gemeinsam für Europa: EMI-Präsidentin Eva Maydell, Christoph Leidl, Sabine Radl (v.l.n.r.)

„Die Konferenz sollte als Diskussionsverstärker für die Europawahl 2024 genutzt werden. So könnten die Wählerinnen und Wähler direkt in die Richtungsentscheidung über die Zukunft Europas eingebunden werden.“

Sabine Radl

Parlamentarismus auf EU-Ebene stärken

Für einen verbesserten Brückenschlag zwischen der Bevölkerung und ihrer politischen Vertretung auf EU-Ebene ist eine Reform des Wahlrechts notwendig. Die Stärkung des Spitzenkandidaten-Prozesses für die Wahl des EU-Kommissionspräsidenten stellt hier eine wichtige Option dar.

Keine europapolitischen Tabus

Die Konferenz zur Zukunft Europas muss alle Optionen für eine sinnvolle Weiterentwicklung und Stärkung der EU prüfen. Vertragsänderungen sollten daher nicht von vornherein ausgeschlossen sein.

Ergebnisse ernst nehmen

Wir brauchen das politische Bekenntnis sowie Ownership der Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene. Die Ergebnisse der Zukunftskonferenz müssen ernst genommen und unter Beachtung der Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit verbindlich umgesetzt werden. Es darf kein Diskutieren nur um des Diskutierens willen geben.

Die Menschen ins europäische Boot holen

Das Follow-up der Konferenz muss transparent mit dem Beitrag von Bürgerinnen und Bürgern, Or-

ganisationen der Zivilgesellschaft, Sozialpartnern sowie lokalen und regionalen Gebietskörperschaften verknüpft sein. Dazu ist eine wesentlich stärkere Kommunikation der EU-Ziele und EU-Politik in den Mitgliedstaaten notwendig. Scheinbeteiligung führt am Ende nur zu noch mehr EU-Frust.

Transparente Kommunikation

Wichtig ist, dass es auch auf nationaler und regionaler Ebene eine Debatte über die Zukunftskonferenz gibt. Die Öffentlichkeit muss über die dort erörterten Themen informiert werden. Als EBÖ wollen wir dazu einen Beitrag leisten, es ist aber auch die Politik gefragt. Aktivitäten wie der Österreich-Dialog zur EU-Zukunftskonferenz sind zu begrüßen und sollten ausgebaut werden.

Bei allen heutigen Entscheidungen müssen die Folgen für kommende europäische Generationen bedacht und daher die Erwartungen und Vorstellungen junger Menschen schon jetzt berücksichtigt werden. Wir brauchen die Menschen und insbesondere die Jugend, um das europäische Haus weiterzubauen! ★



**Europäische
Bewegung
Österreich**

Mag.^a Sabine Radl ist ehrenamtliche Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Österreich.



Mehr Mitspracherecht für die Jugend

Europas Zukunft entscheidet über die Zukunft der Jugend. Daher möchte die Bundesjugendvertretung, dass die Ideen junger Menschen besonders berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Kampagne „Europa, das sind wir“ hat die Bundesjugendvertretung (BJV) tausende junge Menschen aus Österreich nach ihren Prioritäten für das Europa der Zukunft gefragt. Aus den gesammelten Meinungen, Ideen und Visionen haben sich drei Schwerpunkte ergeben: Leben in Europa, Arbeiten und Lernen in Europa sowie Europa gestalten.

Leben in Europa

Umwelt, Mobilität und soziale Absicherung sind nur einige Faktoren, die das Leben von Kindern und Jugendlichen in Europa beeinflussen. Fragen der Nachhaltigkeit sind nicht nur für die zukünftige europäische und internationale Zusammen-

arbeit zentral, sondern auch für junge Menschen. Ein Leben in einem Europa der Zukunft bedeutet, online gut vernetzt zu sein. Ebenso braucht es stärkere europäische Mediennetzwerke und einen vereinfachten, grenzübergreifenden Zugang zu Informationen.

Doch nicht nur das Recht auf uneingeschränkte Vernetzung und Information ist für das Leben in Europa grundlegend, auch soziale Rechte müssen gewahrt werden. Sozial- und Gesundheitssystemen in der EU fehlen häufig die Kapazitäten, um auf die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen einzugehen.

Folgende Punkte sind wichtig:

- Förderung kostengünstiger Mobilität in der gesamten EU für junge Menschen
- Förderung europäischer Mediennetzwerke, um Berichterstattung und Programme mit dezidiert europäischer Ausrichtung zu ermöglichen
- Das Urheberrecht muss klar definiert, lebensnahe formuliert, aktuell, flexibel und näher am Rechtsempfinden junger Menschen gestaltet werden (Stichwort: Uploadfilter)
- Nachhaltige, leistbare und saubere Energie aus der EU
- Ausbau einer rechtbasierten und maßnahmengekoppelten „Sozialen Säule“, die soziale und rechtliche Grundprinzipien für alle Mitgliedstaaten und EU-Institutionen vereinbart

Lernen und Arbeiten in Europa

Europäische Bildungs- und Jugendförderprogramme tragen maßgeblich zur Schaffung europäischer Identitäten, interkulturellem Dialog und zur sozialen Inklusion bei.



© BJV

Junge Menschen nehmen in der EU eine Schlüsselposition ein.

„Um junge Menschen wieder stärker von Demokratie und politischen Institutionen zu überzeugen, ist es wichtig, dass sie in gewählten Positionen repräsentiert werden.“

Bundesjugendvertretung

Knapp 17 % der Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren in der EU waren im Jänner 2021 arbeitslos (vgl. Eurostat, 2021). Die Situation der Jugend gestaltet sich nicht überall in der EU gleich, jedoch birgt Arbeitslosigkeit sowohl ein finanzielles Risiko als auch die Gefahr der gesellschaftlichen Exklusion. Hinzu kommt ein Arbeitsmarkt, der sich in den letzten Jahren stark gewandelt hat: Viele Jugendliche stehen heute in nicht traditionellen, rechtlich unzureichend geregelten Beschäftigungsverhältnissen (z.B. unbezahlte Praktika).

Folgende Reformen sind notwendig:

- Ausreichende finanzielle Ausstattung von inklusiven und niederschweligen Jugendförderprogrammen und Jugendbegegnungen
- Formulierung gemeinsamer EU-weiter Bildungsziele, um mehr Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen zu schaffen
- Anerkennung non-formal und informell erworbener Kompetenzen sowie im (EU-)Ausland erworbener Abschlüsse
- Bessere Anerkennung und Validierung von Ehrenamt und freiwilligen Tätigkeiten durch ein EU-weites einheitliches Anerkennungssystem
- Verstärkte gesamteuropäische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Europa gestalten

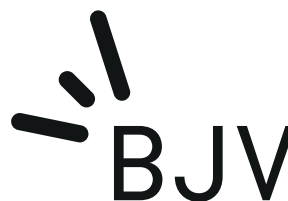
Als BJV verstehen wir Politik als generationenübergreifendes Projekt, bei dem die Ideen und das Wissen von Alt und Jung gleichermaßen wertgeschätzt werden.

Um junge Wählerinnen und Wähler stärker von Demokratie und politischen Institutionen zu überzeugen, müssen sie in gewählten Positionen re-

präsentiert werden. So macht die Politik deutlich, dass die Meinungen junger Menschen zählen. Gleichzeitig beleben junge Politikerinnen und Politiker durch neue Ideen und erweitern das politische Themenspektrum.

Maßnahmen zur Einbindung der Jugend:

- Europaweite Wahlaltersenkung auf 16 Jahre
- Jugendanteil im Europäischen Parlament (unter 30-Jährige) von mindestens zehn Prozent
- Europaweiter Jugend-Check der möglichen Auswirkungen von geplanten gesetzlichen Maßnahmen auf junge Menschen
- Stärkung und Ausbau des Jugenddialogs als Entscheidungsprozess auf europäischer Ebene
- Stärkung des Europäischen Parlaments als Vertretung der Bürgerinnen und Bürger – Initiativrecht des Europäischen Parlaments ★



Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzlich verankerte Interessensvertretung von Kindern und Jugendlichen in Österreich.

Kontakt:

office@bjv.at

www.bjv.at

www.jugenddialog.at

Informationen zu den Youth Goals - Ziele für ein jugendgerechtes Europa der Zukunft gibt es unter www.jugenddialog.at



Die Zukunft Europas liegt in den Händen seiner Bürgerinnen und Bürger

Das BürgerInnen Forum Europa wünscht sich eine größtmögliche Einbindung der Menschen in den Reformprozess, denn ein starkes Europa entsteht nur aus einem gemeinsamen Dialog.



© BürgerInnen Forum Europa

Bei der verstärkten europäischen Integration und Zusammenarbeit soll und muss unsere gemeinsame Maxime lauten: Größtmögliche Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Denn ein Europa, das den Menschen fern ist, diese nicht versteht und ihre Wünsche und Sorgen nicht erkennt, wird am Ende nicht funktionieren.

So braucht es auch beim nun beginnenden EU-weiten Reformprozess zur Zukunft Europas nicht nur inhaltlich fundierte Vorschläge, sondern eine breite Einbindung der Bevölkerung. Nur so kann die Bindung der Bürgerinnen und Bürger an das europäische Projekt gestärkt und eine hohe Akzeptanz der nächsten Schritte zur Vertiefung der Integration gesichert werden. Ein breit angelegter, unmittelbarer und offener Beteiligungsprozess bei der Debatte um die Zukunft Europas ist daher unerlässlich.

Genau dieser Mission hat sich das BürgerInnen Forum Europa verschrieben. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Österreichs, soll die Europäische Union besser verstanden, ohne Tabus hinterfragt und offensiv neugestaltet werden. Dafür haben wir fünf Zukunftsthemen definiert, denen wir uns in den kommenden zwölf Monaten widmen möchten.

„Think Europe“

Beiräte sollen interessante neue Ansätze liefern und die Grundlage für landesweiten Gedankenaustausch mit den Bürgerinnen und Bürgern sein.

Europa entsteht im Dialog, meint Othmar Karas.

„Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft. Österreich UND Europa – das ist kein Widerspruch, sie bedingen einander. Die Europäische Union hat uns nicht nur Sicherheit und Freiheit gegeben, sie ist auch einer der Hauptgründe für den Ausbau des Wohlstandes in unserem Land.“

Othmar Karas

„Create Europe“

Wir wollen den Dialog zur Zukunft Europas nah zu den Österreicherinnen und Österreichern bringen. Keine klassischen Podiumsrunden, keine Vorträge, sondern offene Dialogforen. Das ist unser Anspruch. Wir wollen unsere Ideen zu den Zukunftsthemen mit den Menschen debattieren und ihre Gedanken und Anregungen mitnehmen.

Die Zukunft Europas ist unsere Zukunft. Österreich UND Europa – das ist kein Widerspruch, sie bedingen einander. Die Europäische Union hat uns nicht nur Sicherheit und Freiheit gegeben, sie ist auch einer der Hauptgründe für den Ausbau des Wohlstandes in unserem Land. Und trotzdem: Die Europäische Union ist nicht fertig – und das wird sie auch nie sein. Wir müssen sie ständig weiterentwickeln. „Wir“ ist nicht ein Büro in Brüssel. „Wir“, das sind wir alle.

Eine zukunftsgerichtete Europäische Union kann nur nachhaltig gelingen, wenn sie von der Bevölkerung mitentwickelt und auch als ihr Projekt gesehen wird. Der Schlüssel dazu ist die Aktivierung bürgernaher Ideenbörsen und Dialogplattformen in ganz Europa. Hier kann und will unser überparteiliches BürgerInnen Forum Europa einen entscheidenden Beitrag leisten.

Das Aufkommen der Covid-19-Pandemie und deren soziale Effekte haben den effektiven Start dieser Zukunftskonferenz zwar nicht einfacher gemacht, aber umso notwendiger werden lassen. Es liegt nun in unseren Händen, was wir daraus machen. ★



Dr. Othmar Karas ist EU-Abgeordneter, seit 2019 zum zweiten Mal Vizepräsident des Europäischen Parlaments und Obmann des Vereins „BürgerInnen Forum Europa“, einer überparteilichen Plattform, die Europa österreichweit zum Thema macht.

Kontakt:

office@buergerforum-europa.at
www.buergerforum-europa.at
bgfe.at/Instagram
bgfe.at/Facebook
bgfe.at/Twitter



Reformwerkstatt statt Pflichtübung

Für die EFB hängt der Erfolg der EU-Zukunftskonferenz davon ab, dass möglichst viele Menschen ihr Feedback, ihre Gedanken und Ideen aber auch ihre Ängste und Hoffnungen einbringen.

Was erwarten Sie sich von der Konferenz zur Zukunft Europas? Wird es mehr als eine Pflichtübung sein?

Lukas Mandl: An sich ist es ein Bürgerbeteiligungsprozess. Die Namensgebung ist vielleicht nicht ganz glücklich. Aber entscheidend ist, ob es wirklich gelingt, Betroffene zu Beteiligten zu machen und Europa so weiterzuentwickeln.

Eva Lichtenberger: Ob die Konferenz zur Zukunft Europas eine Reformwerkstatt oder eine Pflichtübung wird, ist noch völlig offen. Auch wenn etliche Politikerinnen und Politiker sie

eher für eine Pflichtübung halten, kann sich trotzdem eine Dynamik entwickeln, die zu einem relevanten Ergebnis führt. Es braucht genug öffentliches Interesse an einem gehaltvollen Ergebnis – dafür müssen wir allerdings noch einiges tun!

Lukas Mandl: Wichtig ist, dass viele Menschen, die normalerweise nicht in den europapolitischen Diskurs involviert sind, ihr Feedback, ihre Gedanken und Ideen aber auch ihre Ängste und Hoffnungen einbringen. Diese Breite würde einen entscheidenden Unterschied machen.

Die EU hat viele unterschiedliche Themen auf ihrer Agenda. Welche Themen möchte Ihre Organisation ganz besonders positionieren?

Lukas Mandl: Ganz unserer Tradition entsprechend tragen wir dazu bei, dass möglichst viele Menschen eingebunden werden und sich auch tatsächlich und mit Nachdruck zur Teilnahme eingeladen fühlen. Sie sollen sich mit einer Klarheit einbringen, wie das ohne diesen Bürgerbeteiligungsprozess nicht der Fall wäre.

Eva Lichtenberger: Natürlich werden wir auch versuchen, unsere Anliegen in den Prozess

einzubringen – eine Reform der Verträge in Richtung eines föderalen Europas. Die Covid-Krise hat uns im letzten Jahr deutlich vor Augen geführt, dass zur Bewältigung von Krisen ein geeintes Europa mit mehr Stärke nach außen geschaffen werden muss. Das macht auch eine Ausweitung der Kompetenzen notwendig. Wichtig sind etwa die Bereiche Gesundheit oder die Angleichung des Niveaus der sozialen Sicherheit nach oben hin. Stärke brauchen wir auch für politische Maßnahmen gegen die drohende Klimakatastrophe – hier ist es wichtig, andere Teile der Welt auf unserem Weg mitzunehmen. Wir müssen uns darüber klar werden, dass diese Probleme nicht durch nationale Politik allein gelöst werden können.

Lukas Mandl: Konkret braucht es einen neuen EU-Vertrag, der den anstehenden Herausforderungen gerecht wird. Es könnte der erste Vertrag werden, dem ein breiter Bürgerbeteiligungsprozess vorausgeht.

Die Beteiligung der Menschen an der EU-Zukunftsdebatte ist in aller Munde. Wie kann man die österreichische Bevölkerung hier bestmöglich einbinden?



© Alexander Louvet

Eva Lichtenberger will eine starke EU.

„Es braucht einen neuen EU-Vertrag, der den anstehenden Herausforderungen gerecht wird. Das könnte der erste EU-Vertrag werden, dem ein so breiter Bürgerbeteiligungsprozess vorausgeht.“

Lukas Mandl

Lukas Mandl: Das muss auf allen Ebenen möglichst niedrigschwellig und durch persönliche Ansprache geschehen. Alle Menschen in Politik, Zivilgesellschaft sowie in Bildungseinrichtungen sind gefordert, die bestehenden Möglichkeiten zu nutzen, um jene Menschen einzubinden, die nicht ohnehin ständig im Diskurs stehen. Durch diese Diversität wird man zu einer größeren Breite und mehr Praxisnähe kommen.

Eva Lichtenberger: Man muss aus den Erfahrungen mit dem Verfassungskonvent 2002/2003 lernen, dass eine schlichte Anhörung zu den Anliegen der Bevölkerung kontraproduktiv ist und zu Frustration führt. Es gibt hier kein „oben“ und „unten“ – wir brauchen eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe.

Lukas Mandl: Vielmehr braucht es das Bewusstsein, dass die EU den Bürgerinnen und Bürgern gehört und hier nicht Außenstehende eine Meinung abgeben, sondern sich die Menschen in Europa ohne Umweg für ihre eigenen Angelegenheiten einbringen.

Sind Änderungen der EU-Verträge aus Ihrer Sicht ein Muss oder No-Go?

Eva Lichtenberger: Es braucht nicht nur Änderungen, es braucht einen neuen EU-Vertrag. Sei es die Finanzkrise 2008, die Migrationskrise 2015 oder die aktuelle Pandemie, die völlig veränderte geopolitische Situation oder die neuen Realitäten aufgrund der Digitalisierung: Es braucht strukturelle Änderungen durch einen neuen Vertrag. Aber auch jenseits einer Vertragsänderung gibt es mannigfaltige Möglichkeiten zur Optimierung des politischen Handelns der Union – bloß liegen sie teils seit Jahren in den Schubladen der europäischen Institutionen.

Plant die EFB Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU-Zukunftskonferenz?

Lukas Mandl: Klar! Wir haben frühzeitig eine eigene Diskussionsplattform auf Facebook gestartet (<http://ZukunftEuropas.group>). Diese wächst täglich. Viele engagierte Menschen bei uns setzen darüber hinaus Signale, indem sie Beteiligungsprojekte kommunikativer oder organisatorischer Art umsetzen. ★



© Büro Lukas Mandl/M. Lahousse

Lukas Mandl fordert einen breiten Dialog.



Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB)

Die EFB wurde 1946 als überparteiliche Organisation gegründet und steht für ein demokratisches, vereintes und föderales Europa.

Mag. Lukas Mandl
Präsident der EFB

Dr. in Eva Lichtenberger
Vizepräsidentin der EFB

Kontakt:
office@efb.at
www.facebook.com/Foederalisten



Next Generation EU: Grün und digital

Die EU sollte den Fokus auf umfassende gesellschaftspolitische Ziele legen – insbesondere den grünen und den digitalen Wandel, meint die ELEC.

Die EU-Zukunftskonferenz bietet Europas Bürgerinnen und Bürgern eine große Chance, die es zu nützen gilt. Das bedeutet: Die EU der nächsten Generation muss für eine zukunftsgerichtete Wachstumsstrategie stehen, die sowohl die Prioritäten der Von-der-Leyen-Kommission als auch die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der EU unterstützt.

Voraussetzung dafür sind einerseits öffentliche Investitionen, die im Vergleich zur Vergangenheit deutlich erhöht werden müssen, und andererseits private Investitionen, die als wichtige Verstärkung dienen können.

Entscheidend ist zudem, dass die Mittel für Projekte im gesamten EU-Raum eingesetzt werden, insbesondere in Regionen, Sektoren und Unternehmen, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind. Dazu gehört auch das ermutigende EU4Health-Programm, das den Schutz der Menschen vor schweren grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zum Ziel hat, die Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und anderen krisenrelevanten Produkten verbessern, Innovationen fördern und die Gesundheitssysteme unter anderem durch Investitionen in die öffentliche Gesundheit stärken soll. Im Speziellen sollten Schwerpunkte in folgenden Bereichen gesetzt werden:

Green Deal beschleunigen

Die Next Generation EU sollte die nachhaltigen Ziele des Green Deal und den Übergang zu neuen Formen wirtschaftlicher Organisation wie der Kreislaufwirtschaft unterstützen und beschleunigen.

Digitale Strategie für stabiles Wachstum

Die Mittel für den Übergang zur digitalen Wirtschaft müssen es ermöglichen, von Produktivitätseffekten zu profitieren. Eine digitale Strategie kann dazu beitragen, Schlüsselsektoren wie den Tourismus und die am Übergang zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft beteiligten Sektoren zu unterstützen. Zudem muss sichergestellt werden, dass die digitale Infrastruktur auch entlegene Gebiete erreicht, um eine soziale Spaltung zwischen denjenigen zu vermeiden, die Zugang zu digitalen Instrumenten haben, und denjenigen, die ihn nicht haben.



© privat

Franz Nauschnigg ist für eine zukunftsgerichtete Wachstumsstrategie.

„Die EU der nächsten Generation muss für eine zukunftsgerichtete Wachstumsstrategie stehen, die sowohl die Prioritäten der Von-der-Leyen-Kommission als auch die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der EU unterstützt.“

Franz Nauschnigg

Industriestrategie für nachhaltige Lieferketten

Die Krise hat auch die Schwachstellen globaler Lieferketten deutlich gemacht. Unternehmen werden diese verstärkt prüfen und umstrukturieren, um sich insbesondere aus Asien zu diversifizieren und ihre Lieferketten krisenresistenter und nachhaltiger zu machen. Zudem ist eine angemessene Industriestrategie erforderlich, damit auch die Europäische Union von einer Umschichtung der Lieferketten profitiert.

Bildung hat oberste Priorität

Für die Mitgliedstaaten müssen Bildung, Qualifizierung und Umschulung oberste Priorität haben. Um sicherzustellen, dass Arbeitskräfte entsprechend qualifiziert sind, sollten dringend benötigte Disziplinen wie Gesundheit, Umweltwissenschaften, künstliche Intelligenz oder Cybersicherheit verstärkt gefördert werden. Dies sind auch wichtige Maßnahmen, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Kapitalmarktunion als Ziel

Die Emission von Schulden durch die EU-Kommission würde den wichtigen gemeinsamen sicheren Vermögenswert schaffen, der für die künftige Entwicklung der Kapitalmarktunion unerlässlich ist. Diese würde die Bereitstellung von Kapital und die Finanzierung von Innovationen erleichtern, indem sie Haushaltsersparnisse in längerfristige Instrumente für Wachstum und Innovation leitet. Sie würde auch die Entwicklung des Euro zu einer vollwertigen internationalen Währung ermöglichen. Da viele Unternehmen in den kommenden

Monaten wegen der plötzlichen Unterbrechung der Unternehmenstätigkeit und der schwachen Nachfrage mit Solvenzproblemen konfrontiert sein werden, wäre eine Harmonisierung der Insolvenzvorschriften sinnvoll. Dazu könnte die Chapter-11-Regelung der USA als Vorbild dienen.

Jede Krise ist eine Chance, die EU voranzubringen, und sie sollte genutzt werden. Verpassen wir diese Chance nicht. ★



Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC)

ELEC ist ein internationaler Verband aus Wirtschaftsexperten und Ökonomen, der Analysen zu europäischen Wirtschaftsthemen erstellt und beratenden Status beim Europarat und in der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen hat.

Mag. Franz Nauschnigg ist Generalsekretär der österreichischen Sektion.

Kontakt:

Franz.Nauschnigg@smpfund.eu

Mehr Solidarität und engere Zusammenarbeit

EYFON hat 2020 vier Fragen zur Zukunft Europas gestellt und sein Netzwerk um Antworten gebeten. Die „Zukunftsvisionen für Europa“ sind eine Zusammenschau der wichtigsten Ergebnisse.

Mehr Bewusstsein für die Bedürfnisse junger Menschen

- Die Europäische Union sollte sich mehr um die Bedürfnisse junger Menschen kümmern und ihnen den Weg zu Arbeitsplätzen und finanzieller Sicherheit erleichtern, indem Unternehmen unterstützt und Beschränkungen für ausländische Studierende verringert werden.
- Das gegenseitige Verständnis junger Menschen aus aller Welt muss durch einen offenen und wertschätzenden Dialog gefördert werden.
- Die EU ist aufgefordert, junge Menschen zusammenzubringen und ihnen eine Stimme für

ihre Zukunft in Europa zu geben.

- Die Verantwortlichen in der EU dürfen die Klimakrise nicht vergessen und die Wirtschaft nicht vor Klima und Menschen stellen.

Mehr Solidarität und engere Zusammenarbeit

- Solidarität als Leitbild Europas darf kein leeres Versprechen sein.
- Die Mitgliedstaaten scheinen derzeit sehr auf sich selbst konzentriert zu sein, anstatt an ganz Europa zu denken. Hoffentlich öffnen sich die Grenzen in Europa bald wieder, damit der grenzüberschreitende Austausch wieder erfolgen kann. Ziel muss sein, dass die EU nach der Krise stärker wird und Reformbereitschaft zeigt.
- Europas Bevölkerung verdient eine Verfassung, die Effizienz und Reaktionsfähigkeit auf alle Arten von Krisen garantieren kann, nicht nur auf die, in der wir jetzt leben.
- Die Akzeptanz der Europäischen Union innerhalb ihrer Mitgliedstaaten muss gestärkt werden.

Mehr Transparenz in der Entscheidungsfindung

- Es braucht Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung sowie Aufrichtigkeit in der Politik. Diese muss transparenter werden und den Menschen besser zuhören, ihnen aber auch umfassende Informationen geben.
- Fachleute aus allen Bereichen sowie Teilnehmende aus allen Teilen der Gesellschaft sollten



© Simonis

Christian Buchmann gibt jungen Menschen eine Stimme.

*„Die Zukunft Europas ist gerade für
junge Menschen besonders spannend.
EYFON gibt mit seinen Projekten der Jugend eine Stimme!“*

Christian Buchmann

in die Entscheidungsfindung miteinbezogen und Entscheidungen evidenzbasiert getroffen werden.

- Regierungen müssen angemessen über die von ihnen gesetzten Maßnahmen informieren – das gilt umso mehr in Krisenzeiten. Die Rede- und Versammlungsfreiheit muss unantastbar bleiben.

- Wie können wir unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit, unsere Umweltstandards und unseren Lebensstil erhalten und wie sollen diese weiterentwickelt werden? ★

Europäisches Jugendparlament

- Junge Menschen sollten die Möglichkeit erhalten, sich mit politischen Entscheidungsträgern über globale Probleme auszutauschen.
- In einem Europäischen Jugendparlament könnten Ideen und Vorschläge zu unterschiedlichsten Fragen erarbeitet werden, die dem Europäischen Parlament zur Behandlung zugeleitet werden.
- Junge Menschen müssen auch für globale Probleme sensibilisiert werden.

Gemeinsame Werte

Die EU sollte eine Einladung an Europas Jugend aussprechen, gemeinsam Antworten auf folgende Fragen zu finden:

- Für welche Werte sollte Europa stehen?
- Die Gründerväter wollten Frieden und Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Sind diese Werte heute noch aktuell?
- Leben wir sie selbst innerhalb Europas ausreichend?



Das Europäische Jugendforum Neumarkt (EYFON) organisiert und veranstaltet seit 2018 auf der Europaburg Neumarkt Seminare, Jugendbegegnungen und Online-Aktivitäten für junge Menschen aus ganz Europa.

Mag. Christian Buchmann leitet als Geschäftsführer von EYFON die operative Umsetzung der Ziele und Aktivitäten.

Kontakt:

office@eyfon.at
www.eyfon.at
www.facebook.com/EYFON/
Instagram: @eyfon_at



Europabildung ist der Schlüssel zum gemeinsamen Erfolg

Die AEDE erwartet sich von der Europäischen Zukunftskonferenz, dass ein Reformprozess gestartet wird und der Spirit of Europe endlich Einzug in den Alltag der Menschen hält.

Damit das gemeinsame europäische Projekt in Zukunft ein Erfolg ist, bedarf es einer intensiven Europabildung der Jugend ab der Volksschule. Wesentlich sind auch die Förderung der Mehr- und Vielsprachigkeit und des kulturellen Austausches, der verstärkten Kenntnis der europäischen Geschichte, der gemeinsamen Werte und der Förderung des European Citizenship.

Seitens der AEDE-Österreich wollen wir vor allem im Club Europtimus die Jugend zu Wort kommen lassen, ihre Wünsche und Ideen konkret benennen

und öffentlich machen. Wir wollen den jungen Leuten aber auch Aktionsmöglichkeiten aufzeigen und mit ihnen, sobald wieder möglich, Studienreisen nach Brüssel und Straßburg sowie zu den AEDE-Partnerinstituten veranstalten. Ebenso freuen wir uns auf den Austausch mit EYFON und JEF sowie auf eine ERASMUS-Projektteilnahme 2021-2024!

Gemeinsam wünschen wir uns eine Aufwertung der Europabildung in der Öffentlichkeit und umfassende Antworten auf die Fragen der Jugend. Junge Menschen sollen unser Europa als Work-in-progress



Junge Menschen wollen mehr Mitspracherecht in der EU haben.

„Wir wünschen uns eine Aufwertung der Europabildung in der Öffentlichkeit und passende Antworten auf die Fragen der Jugend. Junge Menschen sollen unser Europa als Work-in-progress verstehen, an dem sie sich beteiligen können.“

Elisabeth Dittrich

verstehen, an dem sie sich aktiv im Rahmen der Zukunftskonferenz beteiligen können und sollen. Ein großer Fortschritt wäre es, wenn wir bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 transnationale und damit europäische Listen hätten.

Europäisch denken

- Der Europagedanke muss in allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, gefördert und verbreitet werden.
- Die Idee der Europäischen Integration muss in schulischen und außerschulischen Lernumgebungen sichtbar werden.
- AEDE steht für eine umfassende Völkerverständigung, den Abbau ideologischer Barrieren und nationaler Vorurteile.
- Es ist wichtig, Grundsätze, Werte und ein Politikverständnis zu vermitteln, die sich an den Menschenrechten orientieren.
- Über allem steht eine aktive Friedenserziehung.

Grenzüberschreitender Austausch

- AEDE unterstützt Treffen von Bildungspersonal aus verschiedenen Ländern sowie den Austausch von Lehrkräften,
- Europäische Schulpartnerschaften und Studienbesuche,
- Besuche und Organisation internationaler Seminare und Kongresse,
- Europapolitische Schul- und Jugendinitiativen durch die Verleihung des Europtimus-Preises
- und die Initiative des « Virtuellen Clubs Europtimus » seit 2020, unterstützt von FBM Karoline Edtstadler ★



Elisabeth Dittrich (li.) bringt jungen Menschen die europäische Idee näher.

© MMag. Paul A. Zmatik, BG 21



Europtimus – Vereinigung für europapolitische Bildung, AEDE-Österreich

Europtimus ist eine parteipolitisch und konfessionell ungebundene Organisation und der Zweigverein der AEDE-Europe, die derzeit in 21 Ländern Europas vertreten ist.

OSTR.Prof. Mag.^a Elisabeth Dittrich

Präsidentin AEDE-Österreich und Vizepräsidentin der AEDE-Europe

Kontakt:

verein@europtimus.at
www.europtimus.at

Europas Wirtschafts- und Sozialpolitik hat Reformbedarf

Die Gewerkschaft Bau Holz (GBH) bekennt sich zur Einigung Europas und begrüßt jeden Schritt, der die europäischen Nachbarn näherbringt. Allerdings hat dieser Einigungsprozess in einigen Punkten Verbesserungsbedarf.

Gerade die Covid-19-Pandemie führt in Europa nicht nur zur schwersten Gesundheitskrise seit vielen Jahrzehnten, sondern löst auch eine tiefe soziale und wirtschaftliche Krise aus. Dank des gut ausgebauten Sozialstaates hat es Österreich

im internationalen Vergleich bislang recht gut geschafft, die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise abzufedern. Der Sozialstaat ist die beste Vorsorge für uns alle und muss daher gestärkt und ausgebaut werden. Keinesfalls darf nach der Krise begonnen werden, die Infrastruktur im Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch in Städten, Ländern und Gemeinden kaputtzusparen.

Ebenso darf es keine Eingriffe in Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen geben. Die Existenz der Arbeitnehmervertretung und -mitbestimmung darf nicht in Frage gestellt werden. Das gilt für Österreich, aber genauso für alle anderen Länder innerhalb der EU.

Die rasche Einigung auf ein EU-Maßnahmenpaket gegen die Krise ist ein wichtiger Schritt. Die Europäische Zentralbank hat mit ihrem 750 Milliarden Euro schweren Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) ein wichtiges Instrument zur Stabilisierung von Wirtschaft und Finanzmärkten bereitgestellt. Allerdings werden für Wiederaufbau und Stabilisierung sicherlich mehr Mittel benötigt.

Die GBH ist jedoch der Meinung, dass Mittel verpuffen, sollte es zu keiner Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Europa kommen. Daher gibt es ganz klare Forderungen der GBH für ein faires und gerechtes Europa:

Marshallplan für den Wiederaufbau

- Die EU stellt Mittel nach dem Vorbild des Marshallplans zur Verfügung, die die Basis für die Überwindung der Krise darstellen.



© GBH-Presse

Für Josef Muchitsch darf Infrastruktur nicht kaputtgespart werden.

„Keinesfalls darf nach der Krise begonnen werden, die Infrastruktur im Sozial- und Gesundheitswesen, aber auch in Städten, Ländern und Gemeinden kaputtzusparen. Ebenso darf es keine Eingriffe in Kollektivverträge und Betriebsvereinbarungen geben.“

Josef Muchitsch

Keine Austeritätspolitik

- Auflagen einer strikten Sparpolitik, Privatisierung, Lohnstopp, Zurückdrängen der Gewerkschaften und eine zusätzliche Flexibilisierung für die Inanspruchnahme von Mittel darf es nicht geben.

Goldene Investitionsregel

- Die Kreditaufnahme für öffentliche Nettoinvestitionen soll im Rahmen reformierter Fiskalregeln verankert werden.

Strengere Regulierung der Finanzmärkte und Banken

- Es braucht striktere Regeln bei außerbörslichen Derivaten, Verbot von Leerverkäufen, Trennung von Investmentbanken sowie Kommerzbanken und Sparinstituten. Eigenkapital-Anforderungen für Banken müssen weiter verschärft werden.

Verhinderung von Lohn- und Sozial-Dumping

- Eine massive Verbesserung der Lohn- und Beschäftigungsbedingungen, insbesondere durch eine rechtliche Nachverbesserung bei Entsendungen und in der öffentlichen Beschaffung, ist notwendig. ★



Gewerkschaft Bau-Holz

Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) vertritt die Anliegen von mehr als 116.000 Mitgliedern und verhandelt regelmäßig rund 25 Kollektivverträge.

Josef Muchitsch ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz.

Kontakt:
www.bau-holz.at



Europa steht in der Pflicht, sich zu reformieren

Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wollen die Grünen die großen EU-Bremsklötze aus dem Weg räumen und die europäische Politik in Zukunft durchsetzungsfähiger und attraktiver machen.

Was erwarten Sie von der EU-Zukunftskonferenz?

Monika Vana: Europa steht in der Pflicht, sich zu reformieren. Die EU muss demokratischer und effektiver werden, aber vor allem näher zu den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Und wir, die Bürgerinnen und Bürger Europas, dürfen die EU-Institutionen nicht aus dieser Reformpflicht entlassen. Mit dieser Konferenz hat die

Union die Chance, sowohl ihre Krisenkompetenz zu stärken als auch die europäische Demokratie auszubauen und dem „Europa der Bürgerinnen und Bürger“ einen großen Schritt näher zu kommen. Wir brauchen mehr demokratische Beteiligung und Kontrolle in der EU. Meine Erwartung, und die von uns Grünen, ist deswegen ganz klar: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft wollen wir die

großen EU-Bremsklötze aus dem Weg räumen und die Unionspolitik handlungs- und durchsetzungsfähiger, verständlicher und damit attraktiver machen. In Zukunft müssen die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen.

Welche Themen erscheinen Ihnen besonders wichtig?

Monika Vana: Es braucht eine mutige Themensetzung, die auch die heißen Eisen angreift und bereit ist, die Reformkapazitäten dieses EU-Updates voll auszuschöpfen.

Für uns gehört das Einstimmigkeitsprinzip im Rat durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ersetzt. Zur Stärkung der Demokratie soll das Europaparlament endlich das Initiativrecht erhalten und in allen EU-Politikbereichen mitentscheiden können. Transnationale Wahllisten würden die europäische Dimension stärken und mehr der Realität vieler Bürgerinnen und Bürger entsprechen, die europäisch leben und arbeiten.

Weiters gehört die Europäische Sozialunion und eine auf Gleichstellung basierende geschlechtergerechte EU auf die Agenda. Ebenso muss eine solidarische



© Grüne

Monika Vana will die EU für die Bürgerinnen und Bürger attraktiver machen.

„Mit dieser Konferenz hat die Union die Chance, sowohl ihre Krisenkompetenz zu stärken als auch die Europäische Demokratie auszubauen und dem ‚Europa der Bürgerinnen und Bürger‘ einen großen Schritt näher zu kommen.“

Monika Vana

Lösung für eine gemeinsame EU-Asyl- und Migrationspolitik gefunden werden.

Wie kann man die Bevölkerung in Österreich in die Zukunftsdebatte einbinden?

Monika Vana: Wir wollen eine echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – auch und vor allem bei den wichtigsten Fragen. Deshalb werden wir mit dem Rat hart verhandeln, damit dieser Zukunftskonferenz erlaubt wird, eine Sternstunde der Europäischen Demokratie zu werden.

Ein praktikables Format zur Beteiligung der Zivilgesellschaft sind Bürgerversammlungen. Wir müssen sicherstellen, dass sich die Konferenz nicht in einem Streit zwischen den EU-Institutionen verzettelt. Vielmehr müssen Signale der Öffnung gesetzt werden in Richtung Frauenbewegung, Menschenrechtsbewegung, Demokratie-Initiativen, „Fridays for Future“ und anderer Stützen gesellschaftlichen Engagements.

Sind Änderungen der EU-Verträge ein Muss oder No-Go?

Monika Vana: Integration und Vertragsänderungen dürfen bei dieser Konferenz kein Tabu

sein. Leider versuchen einige Mitgliedstaaten dies von vornherein auszuschließen. Aber das ist der Hebel, um Europas Handlungsfähigkeit und die Beteiligung der Bevölkerung dauerhaft zu stärken.

Und wenn das nicht passiert?

Monika Vana: Wenn die Regierungen weder Europas Handlungsfähigkeit noch die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger durch die Konferenz nachhaltig stärken wollen, wird sie zu einem Debattierklub ohne Konsequenzen degradiert und das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas nachhaltig beschädigt.

Diese Konferenz bietet die Chance, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wenn wir die globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Digitalisierung und Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit meistern wollen, dann gelingt uns das nur, indem wir die Menschen in den Mittelpunkt der EU-Entscheidungsfindung stellen. ★



Dr.ⁱⁿ Monika Vana ist seit 2014 Abgeordnete zum Europäischen Parlament und seit 2019 Delegationsleiterin der österreichischen Grünen.

Kontakt:

www.monikavana.eu
twitter.com/MonikaVana



Europa muss sein Potenzial nutzen

Von der Bewältigung der Corona-Krise bis zur grünen und digitalen Transformation: Für die IV braucht es die richtigen Weichenstellungen, damit Europa die großen Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich bewältigen kann.

Der 23. Juli 1952 gilt als Geburtsstunde der Europäischen Union. An diesem Tag trat der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in Kraft. Die gemeinsame Idee von Europa wird somit 69 Jahre alt – ist sie damit reif für die Pension oder hat sie ausreichend Kraft zur Erneuerung?

An Herausforderungen mangelt es nicht: Die Corona-Krise und ihre gesellschaftlichen als auch wirtschaftlichen Folgen erfordern ebenso einen Kraftakt der EU-Staaten und der Union, wie die grüne und digitale Transformation, die zukunftsorientiert und mit klarem Fokus auf Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit gestaltet werden müssen. Zudem muss Europa in der neuen geopolitischen Weltordnung seinen Platz zwischen den USA und China definieren.

Die Europäische Union muss volle Handlungsfähigkeit zeigen: Dafür gilt es, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren und die Weichen richtig zu stellen:

Mit einer starken Industrie aus der Krise

Die produzierende Wirtschaft steht in Europa für 61,6 Millionen Arbeitsplätze und rund zwei Drittel aller F&E-Investitionen – aber auch Souveränität und Unabhängigkeit. Eine anspruchsvolle Industriestrategie als Basis für wirtschafts- und industriepolitische Maßnahmen muss als Ziel die dauerhafte Stärkung der Industrie und der, mit ihr verbundenen, Dienstleistungen verfolgen. Damit Europa sein volles Potenzial als Wirtschaftsraum nutzen kann, gibt es zudem zur Vollendung des Binnenmarkts keine Alternative.

F&E-Standort stärken, Digitalisierung vorantreiben

Es ist entscheidend, an der Stärkung wichtiger Wertschöpfungsketten in Europa zu arbeiten. Ei-



© Alexander Müller

Christoph Neumayer setzt auf eine Stärkung der Industrie.

*„Die Europäische Union muss volle Handlungsfähigkeit zeigen:
Dafür gilt es, sich auf ihre Stärken zu konzentrieren
und die Weichen richtig zu stellen.“*

Christoph Neumayer

nen wichtigen Beitrag dazu leistet das Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe, dessen Budget um 30 Prozent gesteigert werden konnte. Ebenfalls wichtig sind die „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEIs), mit denen transeuropäische Konsortien aufgebaut werden, die technologische Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft auf den Weg bringen.

Eine realistische Energie-, Klima- und Ressourcenpolitik gestalten

Die Industrie ist mit ihrer Innovationskraft wesentlicher Teil der Lösung, um das ambitionierte Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Dafür braucht es stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und einen Abwanderungs- und Verlagerungsschutz für die energieintensive Industrie, um diese Jahrhundertherausforderung bewältigen zu können.

Interne Handlungsfähigkeit verbessern

Die großen Herausforderungen machen europäische Lösungen notwendig. In der Vergangenheit hat man auf wirtschaftliche und politische Krisen oft nicht schnell, entschlossen und geeint reagiert. Organisations- und Entscheidungsstrukturen müssen angepasst werden. Insgesamt braucht es eine fokussiertere EU mit mehr Europa – wo notwendig – und eine intelligente Beschränkung mit weniger Bürokratie – wo dies möglich ist.

Allen Krisen zum Trotz war und ist die Europäische Union eine Erfolgsgeschichte, die einen Mehrwert

für die Bürgerinnen und Bürger gebracht hat. Aus gutem Grund war die Industriellenvereinigung (IV) eine der ersten Organisationen, die sich für Österreichs EU-Beitritt eingesetzt hat.

Damit das nächste Kapitel geschrieben werden kann, muss Europa sein Potenzial ausschöpfen und sich weiterentwickeln. ★



Industriellenvereinigung (IV)

Freiwillige und unabhängige Interessenvertretung der österreichischen Industrie mit mehr als 4.500 Mitgliedern.

Mag. Christoph Neumayer ist seit 2011 Generalsekretär der Industriellenvereinigung (IV).

Kontakt:

Schwarzenbergplatz 4
1031 Wien
www.iv.at



Es geht um mehr Handlungsfähigkeit der EU

Das Einstimmigkeitsprinzip lähmt den Europäischen Rat in seiner Handlungsfähigkeit. Eine qualifizierte Mehrheit wäre für Claudia Gamon von den NEOS ein erster zukunftsweisender Schritt in Richtung Vereinigte Staaten von Europa.

Reformwerkstatt oder Pflichtübung – was erwarten Sie von der EU-Zukunftskonferenz?

Claudia Gamon: Die Erwartungen sind hoch! Eine weitere Chance werden wir so schnell nicht bekommen, Europa gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern handlungsfähiger zu machen. Klimawandel, Corona-Krise und Digitalisierung lehren uns, dass wir sie nur gemeinsam meistern können. Nationalismus und Populismus bieten keine Lösungen für diese Herausforderungen.

In diesem Sinne ist mehr Handlungsfähigkeit für die Europäische Union ein zentraler Schritt, damit Europa aus diesen Krisen gestärkt hervortritt. Eine positive Reform der Europäischen Union kann jedoch nur gelingen, wenn wir mit den Menschen gemeinsam arbeiten.

Welche Themen sind Ihnen dabei besonders wichtig?

Claudia Gamon: Wir sind der Meinung, dass wir weitgehende Reformen der Europäischen Union voranbringen müssen. Diese Krise hat uns wieder einmal schmerzlich vor Augen geführt, dass wir von einer entscheidungsfähigen Union noch weit entfernt sind.

Die EU-Architektur von heute hat den Stresstest nicht bestanden. Wir brauchen eine EU, die schnell handeln kann. Eine EU, bei der nicht bei jedem zweiten Schritt alle 27 Mitgliedstaaten einzeln gefragt werden müssen.

Was bedeutet das konkret und wie könnte eine Reform aussehen?

Claudia Gamon: Der Rat – die Vertretung der Mitgliedstaaten – tritt oft als blockierende Instanz in Erscheinung. Dass politische Stagnation in diesem Ausmaß möglich ist, liegt daran, dass viele Entscheidungen einstimmig getroffen werden müssen – etwa in Fragen der Außen- oder Steuerpolitik.

Das Einstimmigkeitsprinzip im Rat durch eine qualifizierte Mehrheit zu ersetzen, wäre ein wesentlicher Schritt, um Europa handlungsfähiger zu machen.

Ich würde einen Schritt weiter gehen und meine, dass die derzeitige Rolle des Rates in der Gesetzgebung an sich in Frage gestellt werden muss.

Langfristig ist meine Vision, dass die Gesetzgebung der Union in einem Zwei-Kammern-Parlament geschieht. Ich möchte hier ausdrücklich nicht den

Ergebnissen der Konferenz vorgehen.

Klar ist jedoch, dass die Konferenz den Rahmen bieten muss, um auch über die Entscheidungsstrukturen der Union zu sprechen. Es ist Zeit, hier mehr Mut zu beweisen.

Welche Rolle spielen in diesem Prozess die Bürgerinnen und Bürger?

Claudia Gamon: Für mich ist die Konferenz nur dann ein Erfolg, wenn sie auf echter, innovativer Einbindung der Bürgerinnen und Bürger fußt. Sie sollte ein Leuchtturm für die Mitsprache der Menschen werden, denn Bürgerinnen und Bürger verdienen mehr als nur Show. Das ist viel Arbeit und nicht mit ein, zwei Diskussionen getan. Wir NEOS stehen hier mit Ideen zur Verfügung, da wir schon sehr viele Formate ausprobiert haben und mit vielen erfolgreich waren. Diese Konferenz bietet außerdem die Chance, Bürgerkonvente in den Strukturen zu verankern. Diese könnten genutzt werden, um Patt-Situationen zwischen Staaten oder den Staaten und Parlamenten aufzubrechen.

Was ich bisher gehört habe, will man bei der Zukunftskon-

*„Es braucht Schritte in Richtung der
Vereinigten Staaten von Europa.
Die Konferenz bietet die ideale Gelegenheit,
die Grundsteine dafür zu legen.“*

Claudia Gamon

ferenz auch stark auf digitale Tools setzen. So sollen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können und alle Aktivitäten der Konferenz auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene zugänglich gemacht werden. Sobald es die Coronavirus-Pandemie wieder zulässt, sind dann auch in allen EU-Ländern physische Konferenzen und Debatten vorgesehen.

Die breite Nutzung aller zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und die Einbindung aller Regionen, Altersgruppen, Geschlechter und Bildungsniveaus sind wichtig für den Erfolg der Konferenz.

Sind Änderungen der EU-Verträge in Ihren Augen ein Muss oder No-Go?

Claudia Gamon: Ein absolutes Muss! Es braucht weitreichende Reformen der Europäischen Union, um sie zukunftsfähig zu machen. Gerade ein kleines Land wie Österreich kann auf der Weltbühne nicht alleine bestehen.

Unserer Meinung nach braucht es Schritte in Richtung der Vereinigten Staaten von Europa. Die Konferenz bietet die ideale Gelegenheit, die Grundsteine

dafür zu legen. Ich bin überzeugt, dass die Bevölkerung eine handlungsfähige Union will und genug von nationalistischem Klein-Klein hat. ★

neos

Claudia Gamon ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Kontakt:

kontakt@neos.eu

facebook: NeosDasNeueOesterreich



© NEOS

Für Claudia Gamon braucht eine starke Union eine echte Mitsprachemöglichkeit.



Europäische Integration und ihre Bedeutung für eine Grenzregion

Die Europahäuser sind wichtige Vermittler europäischer Politik. Welche Herausforderungen es dabei gibt, erläutern Valentin Petritsch, Präsident des Europahauses Klagenfurt, und Johannes Maier, Leiter der EU-Koordinationsstelle von Kärnten.

Wie können wir den engeren Zusammenschluss der europäischen Staaten schaffen?

Valentin Petritsch: Die einzelnen Staaten sollten sich wieder auf das Grundkonzept der EU besinnen. Weniger Egoismus, mehr Solidarität und gemeinsam auftreten: Europa muss als Gesamtheit in der Welt präsent werden.

Welche Arten der Kommunikation sind dabei notwendig?

Johannes Maier: Es geht nichts über einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei muss dargestellt werden, was die EU tatsächlich ist und machen kann und für welche Bereiche sie nicht zuständig ist. Im offenen Dialog sollen auch Kritik und Wünsche geäußert werden können. Die

Konferenz bietet allen die Chance, ihre Vorschläge einzubringen.

Inwiefern profitiert Kärnten von der „Europäischen Integration“?

Johannes Maier: Kärnten war ein Grenzland. Mit dem Entfall der Grenzen erfolgte die Öffnung nach Süden, zunächst nach Italien und später auch nach Slowenien und Kroatien. Die Menschen im Alpen-Adria-Raum finden wieder zusammen, wie das schon historisch der Fall war. Davon profitieren wir natürlich wirtschaftlich ganz gewaltig.

Welche Aufgaben muss die EU in Zukunft erfüllen, um die Europäische Integration nach vorne zu treiben?

Europa hautnah – die EU im Alltag

Die Europäische Union scheint für viele weit weg zu sein. Um uns die Distanz zu nehmen, muss die Staatengemeinschaft hautnah spürbar werden. Jedoch ist die öffentliche Wahrnehmung der EU meist jene eines gigantischen Bürokratieapparats, der weit weg in Brüssel anonym und gegebenenfalls auch überheblich agiert.

Dieses Image wird auch seitens der Nationalstaaten gepflegt, will man doch Unangenehmes oder Negatives gerne auf die europäische Ebene abwälzen. Auch fehlt in Europa eine gemeinsame und identitätsstiftende Sprache. Diese Tatsache darf nicht zum Stillstand führen, sondern muss mit einem Mehr an Kommunikation überwunden werden.

Eigene Medien und Öffentlichkeitsarbeit

Daher ist es notwendig, dass die Union gemeinsame Medien mit großer Reichweite schafft. Ein europaweiter, öffentlich-rechtlicher Rundfunk und freie Printmedien können als ausgleichendes Gegengewicht zur veröffentlichten Meinung in den einzelnen Nationalstaaten

„Eine geeinte Außenpolitik für Krisenherde in der Welt ist wichtig und löst auch Migrationsprobleme.“

Valentin Petritsch

© Aleksander Sapic / KK



Valentin Petritsch fordert mehr Solidarität.

© Aleksander Sapic / KK



In einem offenen Dialog müssen die Menschen auch Kritik äußern können, sagt Johannes Maier.

Valentin Petritsch: Sie muss sich in der Welt stärker positionieren. Dazu gehört das große Thema der Klima- und Energiewende, aber auch eine geeinte Außenpolitik für Krisenherde in der Welt, um Migrationsprobleme zu lösen. Das sind einige zentrale Punkte für die Zukunft der Union. Und dies muss auch personell, durch eine führende Person auf EU-Ebene, nach außen sichtbar sein. ★



Österreichische Föderation der Europahäuser (ÖFEH)

Die Österreichischen Europahäuser arbeiten in der politischen Europa-Bildung.

Bgm. a. D. Prof. Mag. Dkfm. Valentin Petritsch ist Präsident des Europahauses Klagenfurt.

Mag. Dr. Johannes Maier, MES ist Leiter der EU-Koordinationsstelle des Landes Kärnten.

Kontakt:

office@dieeuropahaeuser.at

www.dieeuropahaeuser.at

fungieren. Ergänzend ist ein Ausbau der EU-eigenen Öffentlichkeitsarbeit direkt vor Ort unumgänglich. Beide Maßnahmen zusammen sind geeignet, die EU fernab von den allorts vorhandenen Partikularinteressen ins richtige Licht zu rücken.

Friedensprojekt Europa

Über allem steht die Europäische Union für das größte Friedensprojekt in der Geschichte

des Kontinents. Seit der Schuman Deklaration am 9. Mai 1950 ist die Kernaufgabe des Zusammenschlusses europäischer Staaten die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Dies stetig zu kommunizieren, ist unser aller höchster Auftrag. „Mein Opa kämpfte am Isonzo und ich darf zu Europawahlen gehen.“ So wird die Europäische Union im Herzen der Bürgerinnen und Bürger am deutlichsten spürbar. ★

Michael Wiesinger, MBA ist Präsident der Europäischen Akademie Wien, deren Schwerpunkt in den kommenden Monaten auf der Europäischen Integration liegen wird.

Die EU braucht Solidarität und Subsidiarität

Der EU-Motor stottert, die Menschen verlieren den Glauben an das europäische Gemeinschafts- und Friedensprojekt. Der Gemeindebund empfiehlt der EU daher, sich die Gemeinden als Vorbild zu nehmen.

Wirft man einen genauen Blick auf die EU und die europäischen Länder, so zeigt sich ein höchst differenziertes, inhomogenes Bild:

- In der Migrationspolitik gab es zeitraubende Diskussionen um einen Aufteilungsschlüssel für Asylberechtigte, für die Suche nach praktischen Lösungen fehlte die Zeit.
- Eine gemeinsame Digitalsteuer wurde von jenen blockiert, die sich einen Vorteil als Firmenstandort erwarteten.
- Beim gemeinsamen Wiederaufbaufonds haben

die Nettozahler Rabatte durchgesetzt, weil sie nicht noch mehr für die Schwächeren zahlen wollten.

Das lässt die Frage zu: Haben wir unser ursprüngliches Ziel eines gemeinsamen Europas verfehlt?

Ist es das, was wir mit einem gemeinsamen Europa erreichen wollten? Und wohin soll sich unser Europa überhaupt entwickeln? Kann es zielführend sein, dass manche EU-Länder beim Klimaschutz oder der Digitalisierung sehr weit vorne sind in der Umsetzung und andere noch nicht einmal angefangen haben? Oder, um ein aktuelles Beispiel zu nennen, wie kann es sein, dass manches europäische Land im ersten Quartal 2021 bei der Durchimpfung der Bevölkerung gegen Covid-19 viel weiter war und andere total hinterhergehintert sind? Ist es das, was wir uns von einer gemeinsamen EU erwarten? Ich denke Nein!

Dass sich die EU wieder neu finden und auf ihre Wurzeln besinnen muss, ist für mich unumstritten. Seit einem Jahrzehnt gibt es unzählige Ansätze, eine neue Vision für Europa zu kreieren, ein neues Narrativ zu erzählen. Herausgekommen ist dabei bis jetzt leider wenig. Und ich bin mir sicher, dass es auch bei der künftigen Zukunftskonferenz bei der theoretischen Zielsetzung bleibt, solange wir uns nicht an den Kern unserer europäischen Gemeinschaft zurückbesinnen.

Denn die beste Reform kann nichts bringen, wenn sie nicht in den Ländern umgesetzt und bei den Menschen spürbar ankommt. Die Summe der Verträge bildet die Verfasstheit der EU.



© Philipp Monihart Charakterfotos

Für Alfred Riedl könnten die Gemeinden der EU als Vorbild dienen.

„Der europäische Reformprozess ist zum Scheitern verurteilt, wenn wir es nicht schaffen, die Themen der Europäischen Union und Europa in die Gemeinden zu bringen.“

Alfred Riedl

Zauberworte Solidarität und Subsidiarität

Die Zauberworte, auf die sich alle Länder zurückbesinnen sollten, sind Solidarität und Subsidiarität. Das klingt vielleicht abgedroschen. Dass man aber nur mit Solidarität und Subsidiarität weiterkommt, beweisen wir tagtäglich bei der Arbeit in unseren Gemeinden. Es gibt keine Gemeinde, die nicht in mindestens fünf Verbänden mit anderen kooperiert, weil es alleine nicht wirtschaftlich, nicht effizient und nur schwer machbar ist. Und genauso wie es die Gemeinden im Kleinen tagtäglich praktizieren und leben, könnte gelebte Solidarität auch im Großen funktionieren.

Das Rezept für eine funktionierende Staatengemeinschaft liegt auf dem Tisch und könnte leicht übernommen werden. Es liegt also an den einzelnen EU-Ländern und einem gemeinsamen Commitment, dieses auch umzusetzen. Dafür gilt es allerdings, die mitgliedstaatlichen Alleingänge zurückzudrängen und die Solidarität wieder in den Fokus der Zusammenarbeit zu rücken. In den Gemeinden steckt dieses Potenzial, das sie auch gerne an die EU weitergeben.

Der ganze europäische Reformprozess ist aber zum Scheitern verurteilt, wenn wir es nicht schaffen, die Themen der Europäischen Union und Europa in die Gemeinden zu bringen. Daher liegt es an uns, vor Ort Überzeugungsarbeit und Aufklärung zu betreiben. Eine große Unterstützung sind dabei die EU-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte.

Unser großes Ziel ist es, mindestens eine EU-Gemeinderätin oder einen EU-Gemeinderat in jeder

Gemeinde zu haben. Wir merken, dass es einen großen Informationsverlust auf dem Weg von der EU in die lokalen Ebenen gibt. Daher braucht es eine Stärkung der EU-Gemeinderätinnen und -Gemeinderäte als Binde- und Informationsglieder. Ich bin überzeugt: Die Europäische Union hat eine große Zukunft vor sich, wenn sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentriert und die Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

Die Zukunftskonferenz kann ein Erfolg werden, wenn man sich auf das Herzenselement der EU – die Solidarität – zurückbesinnt und offen ist, von der gelebten Solidarität der Gemeinden zu lernen. Wir freuen uns jedenfalls, als Vorbilder und Partner eine neue, gemeinsame und solidarische EU nach unserem Subsidiaritätsprinzip in den Gemeinden mitzugestalten. ★



Österreichischer
Gemeindebund

Mag. Alfred Riedl ist Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Kontakt:

Löwelstraße 6
1010 Wien
office@gemeindebund.gv.at

Die EU stärker und demokratischer machen

Für die ÖGfE bietet die Zukunftskonferenz die einmalige Chance, Vertrauen zurückzugewinnen und neue Ideen zu sammeln, um wieder Bewegung in die Europäische Integration zu bringen.

Was dürfen wir uns von der Konferenz zur Zukunft Europas erwarten?

Paul Schmidt: Angesichts der teils stark divergierenden Ansichten der Mitgliedstaaten über die Zukunft der EU sollten die Erwartungen nicht allzu hochgeschraubt werden. Realismus und Pragmatismus sind angesagt. Dennoch wäre ein Reformschub dringend nötig. Die Zukunftskonferenz ist eine

Chance, die Menschen mitzunehmen, Vertrauen zurückzugewinnen und durch breite Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger neuen Schwung und Ideen zu sammeln, um Bewegung in die Europäische Integration zu bringen.

Welche thematischen Schwerpunkte sollte die EU setzen?

Paul Schmidt: Der Fokus sollte darauf liegen, die EU im globa-

len Wettbewerb zu stärken, sie aber auch resilienter und demokratischer zu machen. Das heißt konkret: Schwerpunkt auf den grünen und digitalen Wandel, Kampf gegen soziale Ungleichheit, Vorantreiben einer EU-Gesundheitsunion sowie strukturelle Reformen zur Stärkung der Demokratie, etwa die Reform des Spitzenkandidatensystems zur Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten und die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip.

Wie sieht es mit der aktiven Einbindung der Bürgerinnen und Bürger aus?

Paul Schmidt: Die Zukunftsdebatte sollte umfassend angelegt werden. Breite Bevölkerungsgruppen müssen motiviert werden, sich einzubringen. Hierbei sind neben der nationalen Ebene auch regionale und kommunale Initiativen gefragt. Sehr hilfreich wäre auch gezielte Meinungsforschung, um die Einstellung der Bevölkerung zu EU-Zukunftsthemen zu erheben. Damit die Zukunftskonferenz wirklich abhebt, ist vor allem ein entsprechendes politisches Bekenntnis Grundvoraussetzung. Die Debatten müssen aktiv und innovativ gefördert werden, die



© Foto Wilke

Paul Schmidt möchte die EU im globalen Wettbewerb stärken.

„Die Zukunftskonferenz sollte sich auf einige wichtige Bereiche konzentrieren und nicht ausufern. Angesichts der großen Herausforderungen, vor denen wir stehen, ist eine Änderung der EU-Verträge aktuell nicht mehrheitsfähig.“

Paul Schmidt

Ergebnisse dürfen nicht in der Schublade verschwinden. Daher braucht die Zukunftskonferenz ein klares Design, einen durchdachten Ablauf und, ganz entscheidend, einen konkreten Umsetzungsplan.

Sind Änderungen der EU-Verträge ein Muss oder No-Go?

Paul Schmidt: Ein jahrelanges Feilschen, wie es etwa bei der letzten Vertragsreform der Fall war, können wir uns gerade jetzt nicht leisten. Es wäre sinnvoller, die Möglichkeiten auszuschöpfen, die die aktuellen Verträge bieten und danach zu trachten, durch Überzeugungsarbeit und greifbare Ergebnisse zu einer besseren Integration beizutragen.

Welche Aktivitäten sind im Zusammenhang mit der EU-Zukunftskonferenz geplant?

Paul Schmidt: Die ÖGfE möchte gemeinsam mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich die Zukunftskonferenz mit einer Tour durch alle Bundesländer vor Ort zum Thema machen. Zudem planen wir – zum 30-jährigen Bestehen der ÖGfE – die Veröffentlichung des Sammelbandes „30 Ideen für Europa“, wobei wir

namhafte Fachleute aus den unterschiedlichsten Bereichen um ihre Visionen und Ideen für Europa gebeten haben. Einen speziellen Schwerpunkt wird auch die grüne Transformation einnehmen. Auch unsere Publikationsreihe *ÖGfE Policy Briefs* wird sich den Themen der Zukunftsdebatte widmen. Nicht zuletzt möchten wir im Rahmen eines auf drei Jahre ausgelegten Erasmus+ Jean Monnet Networks Projekts der Debatte um die europäische Perspektive der Westbalkan-Länder neuen Schwung verleihen.

Was sind notwendige Perspektiven jenseits der Zukunftskonferenz, die die EU bieten muss?

Paul Schmidt: Für die EU ist es essenziell, ihren Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft den Mehrwert der europäischen Zusammenarbeit zu vermitteln. Hierbei sind nicht zuletzt auch die Mitgliedstaaten gefragt. Ein gemeinsamer Binnenmarkt, offene Grenzen, europäische Werte, Wohlstand und Sicherheit – die Pandemie hat schmerzlich aufgezeigt, wie fragil diese Errungenschaften sind. Angesichts einer Vielzahl an Krisen, eines sich verändern-

den geopolitischen Umfelds und der zunehmenden Globalisierung, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten rascher und selbstbewusster werden und für die drängenden Probleme Antworten und Lösungen finden. ★



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Mag. Paul Schmidt ist
Generalsekretär der
Österreichischen Gesellschaft
für Europapolitik (ÖGfE).

Kontakt:
europa@oegfe.at
www.oegfe.at
www.facebook.com/oegfe



Mit offenem Dialog zu klaren Antworten auf EU-Zukunftsfragen

Ein offener Dialog ohne jegliche Denkverbote und Barrieren ist entscheidend für die Zukunft Europas. Bei den Inhalten wünscht sich Carmen Jeitler-Cincelli von der ÖVP einen Fokus auf Digitalisierung und den Ausbau des Subsidiaritätsprinzips.

Kann die EU-Zukunftskonferenz neue Weichenstellungen bringen?

Carmen Jeitler-Cincelli: Ich sehe diese Konferenz als große Chance. Nach einem Jahr geprägt von Covid-19 ist es an der Zeit, unsere gemeinsamen Lehren für Europa daraus zu ziehen. Unsere Union ist nicht in Brüssel oder Straßburg, sondern bei den Menschen in den

Gemeinden, die EU sind wir alle. Heute gibt es vielerorts Skepsis. Ein offener Dialog ohne jegliche Denkverbote und Barrieren ist daher für die Zukunft Europas essenziell.

Welche Themen-Schwerpunkte würde Ihre Partei gerne setzen?

Carmen Jeitler-Cincelli: Es ist unser Ziel, die Konferenz zu nutzen, um eine EU zu fördern,

die greifbare Lösungen für die aktuellen Herausforderungen liefert, und zwar unverzüglich. Der Ausbau des Subsidiaritätsprinzips spielt eine bedeutende Rolle. Wir brauchen ein Europa, das für die großen Fragen klare Antworten hat, sich in anderen Bereichen aber drastisch mehr zurücknimmt. Um die Stabilität der EU zu sichern, ist ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung mit starkem Fokus auf die Digitalisierung unverzichtbar.

Welche Rolle spielen dabei die Bürgerinnen und Bürger?

Carmen Jeitler-Cincelli: Die Menschen wünschen sich mehr Gehör für ihre Anliegen. Für einen breiten, transparenten Bürgerdialog ist es also höchst an der Zeit. Laut Eurobarometer-Studie fordern 92 Prozent der Europäerinnen und Europäer mehr in die Entscheidungen der EU eingebunden zu werden. 51 Prozent davon wollen sich aktiv an der Zukunftskonferenz beteiligen.

Wie kann die Bevölkerung in den Diskussionsprozess eingebunden werden?

Europapolitik muss gemeinsam mit den Menschen gemacht



© Marek Knopp

Europapolitik muss gemeinsam mit den Menschen gemacht werden, sagt Carmen Jeitler-Cincelli.

„Wir brauchen ein Europa, das für die großen Fragen klare Antworten hat, sich in anderen Bereichen aber drastisch mehr zurücknimmt. Um die Stabilität der EU zu sichern, ist ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung mit starkem Fokus auf Digitalisierung unverzichtbar.“

Carmen Jeitler-Cincelli

werden. Bundesministerin Karoline Edtstadler hat bereits letztes Jahr einen Österreich-Dialog gestartet, um Ideen zur Weiterentwicklung zu generieren. Dies könnte man auch im virtuellen Raum weiterführen. Europa-Gemeinderätinnen und Europa-Gemeinderäte spielen dabei eine große Rolle. Damit die Reformprozesse bei jedem ankommen, braucht man sie in jeder der 2.095 Gemeinden.

Corona-Pandemie, Klimakrise – was sind notwendige Perspektiven jenseits der Zukunftskonferenz, die die EU bieten muss?

Carmen Jeitler-Cincelli: Wir haben die Chance als erster klimaneutraler Kontinent eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wirtschaftspolitik ist für mich auch Umweltpolitik. Der Green Deal ist ein überaus ambitionierter Plan, wie die europäische Wirtschaft und die Klimapolitik Hand in Hand gehen können. Das Thema Nachhaltigkeit wird in Zukunft die Schlüsselrolle bei der Sicherung von Arbeitsplätzen spielen.

Die EU-Erweiterung ist eine der großen europäischen Fra-

gestellungen. Wie ist dazu Ihre Meinung?

Carmen Jeitler-Cincelli: Die Stabilität und die innere Haltung der südost-europäischen Länder ist von kosmopolitischer Relevanz. Für die EU ist es wohl eine der essenziellsten Zukunftsfragen, wie wir hier eine möglichst enge Bindung aufbauen. Natürlich gibt es in den Ländern noch große Herausforderungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, die vor einem Beitritt gelöst werden müssen. Für mich steht dieses Ziel aber in keiner Weise außer Frage.

Was wären für die EU die nächsten Schritte?

Das Tempo muss erhöht werden, um die notwendigen Reformen voranzutreiben. Verzögern sich die Beitrittsverhandlungen noch länger, verliert die Europäische Union an Glaubwürdigkeit und damit an Einfluss in den Westbalkanstaaten. Externe Akteure wie China, Russland, die Türkei und andere werden diese Schwäche der Europäischen Union für sich nutzen – sie tun es bereits. Es liegt an uns als EU, hier proaktiv den Fahrplan zu definieren. ★



Abg.z.NR Mag.^a Carmen Jeitler-Cincelli, BA

ist als eine von sechs österreichischen Delegierten ordentliches Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Kontakt:

carmen.jeitler-cincelli@parlament.gv.at
Facebook: carmenjeitler
Instagram: @carmenjeitler

Konkrete Zusagen bei Sozialunion und Klimaschutz

Die EU muss ein Projekt für und mit allen Europäerinnen und Europäern sein: inklusiv, transparent und offen. Die Zukunftskonferenz bietet aus Sicht der SPÖ die Chance zum Austausch quer durch die europäische Gesellschaft.

Mit einer gemeinsamen Erklärung von EU-Parlament, Rat und EU-Kommission begann am 10. März 2021 der formale Prozess der Konferenz über die Zukunft Europas. Die Konferenz sieht eine ständige Interaktion zwischen den unterschiedlichen Ebenen vor. Ein sogenanntes Executive Board mit Vertretenden aus Parlament, Kommission und Rat wird diese leiten. Das EU-Parlament werden je ein Abgeordneter bzw. eine Abgeordnete der drei großen Fraktionen vertreten – also der sozialdemokratischen, der konservativen und der liberalen Parteienfamilie. Für die Sozialdemokra-

tische Fraktion Socialists and Democrats wird das Iratxe Garcia Perez sein. Die restlichen Fraktionen werden als „Observer“ vertreten sein.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger sollen mittels Bürgerforum in die Debatten eingebunden werden, junge Menschen im Speziellen mit eigenen Jugend-Agoras. Diese Einbindung europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebenen ist das Schlüsselement des neuen Prozessformats. Ein Fokus liegt auf der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ebenen – auch durch neue digitale Tools – als auch auf einer ausgewogenen Gender-Balance. Inhaltlich wird der Prozess durch das Fachwissen von Universitäten, Forschungszentren und europäischen Think Tanks abgerundet.

Die folgenden Themen erscheinen dabei zentral: Europäische Werte, Grundrechte und Grundfreiheiten, die demokratischen und institutionellen Aspekte der Europäischen Union, ökologische Herausforderungen und Klimakrise, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, wirtschaftliche Fragen einschließlich Steuern, digitale Transformation, Sicherheit und die Rolle der EU in der Welt. Als Sozialdemokraten wollen wir:

Echte Beteiligung quer durch die Gesellschaft

- Alle Formate müssen inklusiv, transparent und offen gestaltet sein. Die EU muss ein Projekt aller Europäerinnen und Europäer sein.
- In den Ländern Europas soll im Rahmen mehrerer Veranstaltungen in unterschiedlichen



© Photo Simonis

Andreas Schieder wünscht sich einen offenen Austausch.

„Die Konferenz zur Zukunft Europas muss echte Beteiligung bringen, denn an einer tiefgreifenden EU-Reform führt kein Weg vorbei. Die großen Herausforderungen unserer Zeit verlangen eine europäische Antwort! “

Andreas Schieder

Formaten und mit verschiedenen Teilen der Bevölkerung ein Austausch quer durch die europäische Gesellschaft, zwischen Bürgerinnen und Bürgern, nationalen Regierungen, Gewerkschaften und NGOs sowie den EU-Institutionen entstehen.

Einbindung des EU-Parlaments

- Als einzige demokratisch direkt legitimierte EU-Institution muss das EU-Parlament eine Führungsrolle übernehmen. Deshalb heißt es für uns auch wachsam zu bleiben, denn viele EU-Mitgliedstaaten haben kein Interesse an wirklicher Veränderung. Die Reform-Konferenz kann aber nur dann gelingen, wenn der Dialog in beide Richtungen Anklang findet.

Tiefgreifende EU-Reform

- An einer tiefgreifenden EU-Reform führt kein Weg vorbei. Wir erwarten uns konkrete Zusagen bei der Demokratisierung, der Sozialunion und beim Klimaschutz. Auch ein Initiativrecht darf für das EU-Parlament nicht fehlen.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – wie der Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus oder die derzeitige Gesundheitskrise – verlangen eine europäische Antwort.

Die Konferenz als Art des Austauschs soll inklusiv, transparent und offen gestaltet sein. Eine kosmetische Beteiligungsmaßnahme mit bürokratischem Hick-Hack braucht wirklich niemand. ★



Mag. Andreas Schieder ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments.

Kontakt:
SPÖ Bundesorganisation
1010 Wien, Löwelstraße 18
kontakt@spoe.at

Die Bürgerinnen und Bürger müssen die EU verstehen

Der Wiener Stadtsender W24 bringt Europa und europäische Themen zu den Menschen und möchte damit ein tieferes Verständnis für die EU hervorrufen. Neben Aufklärung geht es auch darum, die Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Teilnahme an Wahlen zu motivieren.

Warum engagiert sich das Medienunternehmen WH Media für Europa?

Marcin Kotlowski: Als Wiener Medienunternehmen sind wir uns der demokratiepolitischen Verantwortung als vierte Macht in der Gesellschaft bewusst: Seit Jahren arbeiten wir erfolgreich mit zivilgesellschaftlichen Europa-NGOs und Einrichtungen zusammen. Gemeinsam

gehen wir aktiv gegen Fake News vor, informieren proaktiv und klären auf. Mit der Euro-comm-PR, den neun Auslandsbüros in Mittel- und Südosteuropa der Stadt Wien, wollen wir Wien nachhaltig in Europa positionieren. Gleichzeitig bringen wir mit unserem europäischen Netzwerk Europa nach Wien.

Welche Europa-Aktivitäten hat Ihr Haus in der Vergangenheit gesetzt?

Marcin Kotlowski: Bei den letzten EU-Wahlen konnten wir mit R9 Regional TV Austria einen starken Fokus setzen. Der Europa Talk präsentierte Fakten zu Europa und holte Personen des öffentlichen Interesses vor die Kamera. Die Sendung widmete sich einem tieferen Verständnis für die Funktionsweisen der EU. In unserem Bundesländer-Magazin ÖsterreichBlick haben wir alle zwei Wochen unter dem Namen Europablick Kurzberichte zur Wahl ausgestrahlt. Mit den EU-Mythbusters konnten wir gegen Fake News und Desinformation wirken.

Auf W24, dem Wiener Stadtsender, haben wir bereits verschiedene Formate mit europäischem Fokus ausgestrahlt. Bei

Europa im Diskurs diskutierten prominente Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur im Burgtheater über Themen, die ganz Europa bewegen. Mit Mi Hrvati konnten wir den Burgenlandkroaten erstmals grenzüberschreitend eine Informationsplattform bieten.

Welche Bedeutung hat Europa bzw. haben EU-Themen in der Berichterstattung des Stadtsenders W24?

Marcin Kotlowski: Als Stadtsender sind wir natürlich auf Regionalität fokussiert und darauf, was in den Wiener Grätzln passiert. Ganz viele Themen und Entscheidungen kommen aber direkt aus Brüssel und betreffen Europa als Gemeinschaft – wie zum Beispiel heuer die Corona-Impfungen oder die Reisefreiheit innerhalb Europas.

Als Medienunternehmen versuchen wir die positiven Aspekte der europäischen Gemeinschaft hervorzuheben. Wir wollen vermitteln, dass das Gemeinsame verbindend ist und uns als Stadt stärkt. Mit unserer Berichterstattung wollen wir aufklären und Menschen zur Teilnahme an Wahlen motivieren.



© Alek Kawka

Marcin Kotlowski verbindet Regionales mit Europa.

„Wir sind uns der demokratiepolitischen Verantwortung als vierte Macht in der Gesellschaft bewusst: Mit unserer Berichterstattung wollen wir auf die EU-Zukunftsdebatte aufmerksam machen und unsere Zuseherinnen und Zuseher motivieren, sich einzubringen.“

Marcin Kotlowski

Bei der EU-Zukunftskonferenz sollen die Bürgerinnen und Bürger in die EU-Zukunftsdebatte eingebunden werden. Welchen Beitrag leistet W24 dabei?

Marcin Kotlowski: Mit unserem W24-Stadtbarometer befragen wir Menschen regelmäßig zu aktuellen Themen, um zu sehen, welche Diskurse sie beschäftigen und welche Positionen eingenommen werden. Hier planen wir, Umfragen zu europapolitischen Themen. So können wir einerseits auf die EU-Zukunftsdebatte aufmerksam machen und andererseits die Positionen der Bevölkerung besser einschätzen. Zusätzlich wollen wir in unserer Berichterstattung auf die Zukunftsdebatte aufmerksam machen und unsere Zuseherinnen und Zuseher dazu motivieren, sich einzubringen.

Wie können sich europäische Regionalsender in den nächsten Jahren gegen das wachsende amerikanische Angebot durchsetzen?

Marcin Kotlowski: Aus der Sicht der Regionalsender ist es das Wichtigste, relevant für das Publikum zu sein. Für unser

Kerngeschäft bedeutet das: Wir berichten, was vor der Haustür passiert. Hier haben wir die höchste Glaubwürdigkeit, hier sind wir am beweglichsten, hier sind wir so nahe wie möglich am Publikum.

Wirtschaftlich relevant ist für uns natürlich: Hier produzieren wir am günstigsten. Deswegen merken wir auch, dass selbst globale Player und große TV-Netzwerke beginnen, mit uns über regionalen hochwertigen Content zu sprechen. ★

WH MEDIA
ein unternehmen der **wienholding**

Mag. Marcin Kotlowski
ist Geschäftsführer der WH Media GmbH.

Die **WH Media GmbH**, eine 100-Prozent-Tochter der Wien Holding, zeichnet für den TV-Sender W24 und den Regionalsender R9 verantwortlich. Die Eurocomm-PR – ebenfalls zu 100 % im Eigentum der WH Media – unterstützt die Stadt Wien mit grenzüberschreitenden Kommunikationsdienstleistungen.

Kontakt:
www.wh-m.at
office@wh-m.at
www.facebook.com/w24TV



Ein starkes Europa braucht einen starken Standort

Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, wie schnell es zur Einführung von Grenzkontrollen und zu Unterbrechungen in den Lieferketten kommen kann. Für die Wirtschaftskammer lautet die Antwort darauf: Mehr Europa, nicht weniger!

Die Antwort der Wirtschaftskammer auf die EU-Zukunftskonferenz fällt eindeutig aus: Wir brauchen mehr Europa, nicht weniger! Denn der Heimmarkt unserer Unternehmen ist der EU-Binnenmarkt. 2020 wurden rund 70 Prozent unseres Außenhandels mit EU-Mitgliedstaaten abgewickelt. Das bedeutet, dass Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft überproportional vom interna-

tionalen Waren- und Dienstleistungsaustausch profitiert. Gerade in unsicheren Zeiten mit steigendem Protektionismus sind ein verbesserter Zugang zu den Märkten unserer Handelspartner sowie moderne Handelsregeln unverzichtbar. Die Covid-19-Krise hat die Bedeutung des reibungslosen internationalen Handels gezeigt.

Unsere Wirtschaft befindet sich in einer Phase der Transformation. Digitalisierung und Green Deal sind die Wegweiser Richtung Zukunft. Standortsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit sind wichtige Themen für Österreich. Die Covid-19-Pandemie hat den Prozess der Digitalisierung radikal beschleunigt. Aber sie hat auch verdeutlicht, dass durch die globale Vernetzung die Abhängigkeiten Europas vom Rest der Welt steigen.

Durch einen stärkeren Standortfokus gilt es künftig, die europäische Souveränität in strategisch wichtigen Sektoren und Technologiebereichen sicherzustellen. Denn Schlüsseltechnologien wie Nanotechnologie oder Künstliche Intelligenz schaffen entscheidende Grundlagen für mehr Innovationskraft und Wett-

bewerbsfähigkeit – und damit die Basis für unseren zukünftigen Wohlstand.

Erfolgreicher Klimaschutz erfordert die Beteiligung aller Wirtschaftsräume. Europa wird seinen Beitrag leisten und gleichzeitig erfolgreicher Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort bleiben. Wir werden Wege finden, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum zu verknüpfen. Dafür gibt es bereits viele erfolgreiche Beispiele. Innovativ, zukunftsorientiert und wettbewerbsfähig. Und genau das wird der zukünftige Weg Europas sein.

Was dafür konkret notwendig ist:

Resilienter Binnenmarkt

- Die Waren-, Arbeitnehmer- und Dienstleistungsmobilität ist auch in Krisenzeiten durch eine bessere Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten sowie verhältnismäßige Maßnahmen sicherzustellen.
- Darüber hinaus braucht es eine bessere Durchsetzung des bestehenden Rechtsrahmens, damit Wettbewerbs-



© Studeny Photography

Mariana Kühnel: Europa muss groß denken.

„Innovativ, zukunftsorientiert und wettbewerbsfähig. Genau das wird der zukünftige Weg Europas sein.“

Mariana Kühnel

verzerrungen durch Umgehung europäischer Vorschriften vermieden werden.

Aktive Handelspolitik

- Die EU muss sich für die Förderung und Einhaltung von international geltenden Handelsregeln im Rahmen der WTO und für weitere EU-Handelsabkommen mit wichtigen Partnerländern einsetzen. Ziel ist, den gegenseitigen Marktzugang für Waren, Dienstleistungen und Investitionen zu verbessern und nicht gerechtfertigte Handelshemmnisse abzubauen.
- Bei Marktzugangsverhandlungen und der regulatorischen Zusammenarbeit soll der Fokus auf neuen Technologien und zukünftigen Entwicklungen liegen. Außerdem muss darauf geachtet werden, dass der Zugang zu Rohstoffen und Vorprodukten für die EU-Produktion abgesichert wird.

Mehr Digitalisierung und Innovation

- Leistungsfähige Infrastrukturen, die die Digitalisierung,

Bildung und Forschung stärken, sind die Basis für das Wachstum von morgen.

- Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz sind weiterzuentwickeln, um die Innovationsfähigkeit Europas zu stärken.
- Die Kommerzialisierung von Forschungs- und Innovations-tätigkeiten muss durch geeignete Rahmenbedingungen vorangetrieben werden.

Klimaschutz auf globaler Ebene

- Ein weltweit gültiger CO₂-Preis ist das wirksamste Instrument, um Klimaschutz global voranzutreiben. Andere Wirtschaftsräume müssen mitgenommen werden, sonst wird Europa weiterhin mit Abwanderungstendenzen seiner Unternehmen zu kämpfen haben.
- Für die Rolle Europas als Motor des Klimaschutzes ist es wichtig, die europäische Wirtschaftskraft zu erhalten.

Wer Grenzen will, setzt sich Grenzen. Und schränkt sich damit im Handeln und Denken ein. Europa aber muss groß denken.

Dazu gehört, widerstandsfähiger und resilienter zu werden und seine Werte mit Nachdruck nach außen zu vertreten sowie keine Tabus in der Diskussion um die Zukunft Europas zu akzeptieren. Dann wird ein Europa ohne Grenzen für Waren und Personen wieder eine Selbstverständlichkeit. Und es wird ein Europa, das wieder Zukunft gestaltet. ★



Mag.^a Mariana Kühnel
ist Generalsekretär-
Stellvertreterin der
Wirtschaftskammer
Österreich.

Kontakt Daten:
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
eu@wko.at
www.wko.at



Europäische Bewegung Österreich (EBÖ)

Plattform für pro-europäische Kräfte in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft

Die Europäische Bewegung Österreich (EBÖ), gegründet am 9. Juli 1958, ist eine überparteiliche Plattform von Interessengruppen in Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft in Österreich.

Als nationale Sektion der 1948 gegründeten Europäischen Bewegung International (EMI) mit Sitz in Brüssel ist die EBÖ Teil des größten und ältesten pro-europäischen zivilgesellschaftlichen Netzwerkes in Europa.

Die EBÖ setzt sich für die Stärkung des Europagedankens und die Förderung der europäischen Integration auf allen politischen Ebenen sowie die Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger im Sinne der europäischen Einigung ein.

Hauptaktivitäten der EBÖ

- ✓ Europa-Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
- ✓ Vernetzung der Mitglieder
- ✓ Kooperation durch diverse Info-Formate (z. B. EBÖ Exklusiv Hintergrund-Briefing)
- ✓ Multiplikatorenkampagnen
- ✓ Veranstaltungen
- ✓ gemeinsame Grundsatzpositionierungen zur österreichischen Europapolitik und zur Weiterentwicklung der EU



© Vicky Posch

Die EBÖ ist Mitglied von European Movement International und steht parteiübergreifend für die Förderung der Europäischen Integration.

Mitgliedsverbände der EBÖ

- Bundes Jugend Vertretung (BJV)
- Junge Europäische Föderalisten (BEJ/JEF)
- BürgerInnen Forum Europa
- Europäische Föderalistische Bewegung Österreich (EFB)
- Europäische Liga für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (ELEC)
- European Youth Forum Neumarkt (EYFON)
- Europtimus – Vereinigung für europapolitische Bildung (AEDE Österreich)
- Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)
- Grüne – die grüne Alternative
- Industriellenvereinigung (IV)
- NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum
- Österreichische Föderation der Europahäuser (ÖFEH)
- Österreichischer Gemeindebund
- Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE)
- Parlamentsklub der ÖVP
- Parlamentsklub der SPÖ
- WH Media GmbH
- Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ)

Präsidium & Vorstand

Präsident:

- Dr. Christoph Leitl, EYFON

Vizepräsidenten:

- NR-Abg. Mag. Jörg Leichtfried, SPÖ
- Dr. Friedhelm Frischenschlager, EFB
- MEP Dr. Othmar Karas, BürgerInnen Forum Europa
- Marcin Kotlowski, WH Media GmbH
- NR-Abg. Josef Muchitsch, Gewerkschaft Bau-Holz
- MEPⁱⁿ Mag.^a Evelyn Regner, SPÖ
- Dr.ⁱⁿ Monika Vana, Grüne

Vorstandsmitglieder:

- 2. NR-Präsidentin Doris Bures, SPÖ
- Mag.^a Elisabeth Dittrich, AEDE Österreich
- Paul Ehgartner, BJV
- Dr. Werner Fasslabend, ÖFEH
- NR-Abg. Mag.^a Carmen Jeitler-Cincelli, BA, ÖVP
- MMag. Christian Mandl, WKÖ
- Dr. Franz Nauschnigg, ELEC
- Dr. Ewald Nowotny, ÖGfE
- Mag. Alfred Riedl, Gemeindebund
- Dr. Gerhard Riemer, IV
- NR-Abg. Dr. Niki Scherak, MA, NEOS
- Mag. Paul Schmidt, ÖGfE

Generalsekretärin:

- Mag.^a Sabine Radl

Finanzreferentin:

- Mag.^a Ortrun Gauper

Kontakt:

Europäische Bewegung Österreich
Mag.^a Sabine Radl, Generalsekretärin
1020 Wien, Lassingthnerplatz 2/3
office@eb-austria.eu | www.eb-austria.eu

Twitter: @EB_Austria

Facebook: www.facebook.com/EBAustria

Instagram: @eb_austria

ZVR-Zahl: 711548897



**„Europa sucht sich.
Es weiß,
dass seine Zukunft
in seinen eigenen
Händen liegt.“**

Robert Schuman,
Gründungsvater der europäischen Integration

